

Neue Zürcher Zeitung

Der grosse Kampf um die Zürcher Energiepolitik hat begonnen

SP, Grüne und AL liebäugeln damit, Energie 360° in die Verwaltung zurückzuholen. Der Stadtrat ist dagegen. Eine neue Studie liefert ihm Munition - und bereitet den Boden für die grösste Zürcher Energiedebatte seit Jahren.

André Müller
25.4.2018, 06:30 Uhr

Die Zürcher Stadtpolitik schreibt Plots mit eigenartigen Wendungen. Einer davon ist die Erfolgsgeschichte der Energie 360° AG, die ihr bald zum Verhängnis werden könnte. 1997 wurde die Gasversorgung Zürich, damals das hässliche Entlein der Zürcher Energiepolitik, aus der Verwaltung entlassen und in die Erdgas Zürich AG verwandelt. Dagegen waren nur die Grünen, die AL und die Schweizer Demokraten – die SP gab die Parole frei. Die Bevölkerung sprach sich mit zwei Dritteln Ja dafür aus, das eher ungeliebte Kind «Gasversorgung» in die unternehmerische Freiheit zu entlassen; ähnliche Pläne für das Elektrizitätswerk (EWZ) und die Verkehrsbetriebe, die der damalige FDP-Stadtrat Thomas Wagner hegte, wurden dagegen nie umgesetzt. Erdgas war vielen zu unwichtig, um ihm im Kampf gegen Privatisierungen grosses Gewicht beizumessen.

Unter ihrem langjährigen CEO Kurt Lüscher hat die Firma ihre Freiheit konsequent genutzt: Die Erdgas Zürich AG heisst seit 2014 Energie 360°, der Namenswechsel war Programm. Erdgas wird in Zürich immer mehr als Auslaufmodell gesehen, in Zürich Nord beispielsweise wird das Gasnetz bis 2024 komplett abgebaut und durch Fernwärme aus dem Kehrlichtheizkraftwerk Hagenholz ersetzt. Erst kürzlich hat der Gemeinderat über 230 Millionen Franken bewilligt, um die städtischen Fernwärmenetze zu verbinden. Im September stimmt die Bevölkerung darüber ab. Energie 360° muss also ihr Kerngeschäft reduzieren. Daher ist sie in neue Märkte eingestiegen, vermarktet heute Holzpellets, Biogas und Erdwärme und bietet weitere Energiedienstleistungen an. Operativ ist die Firma erfolgreich: 27 Millionen Franken an Dividenden erhielt die Stadt im letzten Jahr. Aus dem hässlichen Entlein ist ein Schwan geworden, der goldene Eier legt.

INTERVIEW

«EWZ und Energie 360° konkurrieren auf keine Weise»

Interview: André Müller / 25.4.2018, 06:30



Doch mit ihrer Expansion hat die Energie 360° begonnen, in neuen Teichen zu fischen, wo sich auch andere tummeln. Die linken Parteien sind seit geraumer Zeit unzufrieden mit der Arbeitsteilung von EWZ und Energie 360°. Sie liebäugeln damit, die Firma nach 20 Jahren als städtische AG wieder in die Verwaltung zurückzuholen.

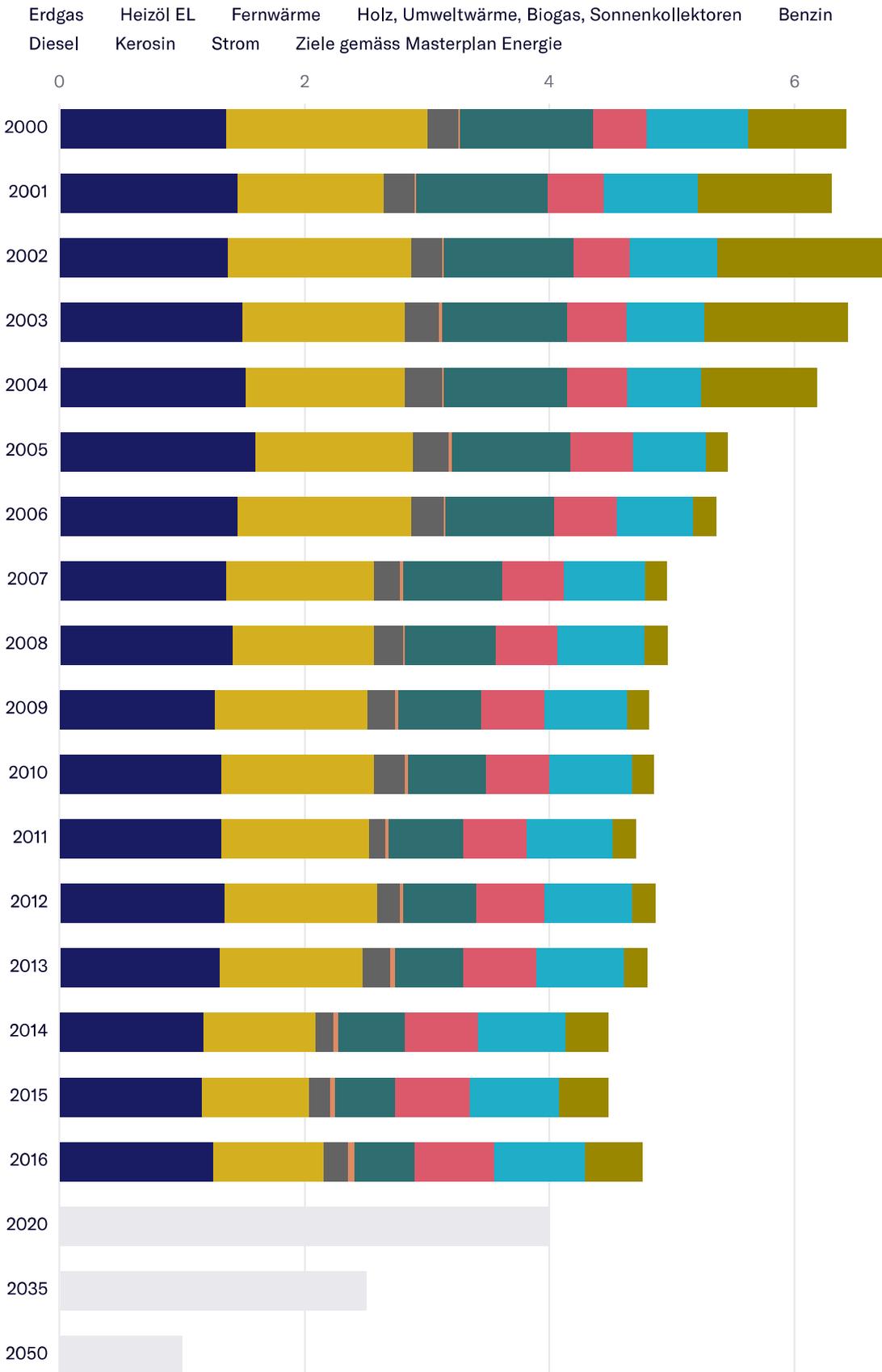
Mitten in den Frühlingsferien heizt jetzt ein neuer Bericht zur institutionellen Neuordnung der Energiefirmen (siehe Zusatz) diese Diskussion so richtig an. Die Studie ist das Abschiedsgeschenk des Werkvorstehers Andres Türler – er hat eine dezidierte Meinung zu den linken Planspielen (siehe Interview). Beschlossen ist sowieso noch nichts: Die Parteien wollen Türlers Bericht, an dem zwei externe Fachbüros mitgearbeitet haben, erst genau studieren und die neue Legislatur abwarten, bevor sie sich zur Frage der Rechtsformen fix positionieren. In der Spezialkommission des Gemeinderats kommt es zu vielen Wechseln, und die Neuen müssen sich ins komplexe Dossier erst einarbeiten.

Misstrauen gegenüber AG

Doch so viel ist sicher: Der linke Wahlsieg im März hat die Weichen auch in der Energiepolitik neu gestellt. Die AL hatte bereits 2016 klargemacht, dass sie nach der gescheiterten EWZ-Ausgliederung für eine «Rekommunalisierung» von Energie 360° und eine Zusammenführung der Energieversorger und -verteiler einsteht – so begründete der Gemeinderat Andreas Kirstein sein Postulat, mit dem er Türlers Bericht gefordert hat. Die Grünen unterstützten dieses Argument ausdrücklich. Man erwarte vom Bericht die Basis für eine Gesamtplanung der Energiebetriebe inklusive ERZ, um die bestehenden Zielkonflikte aufzulösen, sagt Kirstein. «Es geht uns nicht darum, die Betriebe einfach zusammenzuführen und ein Dächlein darüberzulegen.» Auch die SP hat Sympathien für die Wiedereingliederung erkennen lassen. Damit liesse sich im neuen Gemeinderat eine komfortable Mehrheit zimmern. Die FDP könnte sich eher für eine Aufspaltung in eine Dienstabteilung mit hoheitlichen Aufgaben und eine selbständige Gesellschaft für alle Marktaktivitäten erwärmen. Auch SVP und GLP äusserten sich kritisch zur Wiedereingliederung. Doch ohne SP sind die drei Parteien im Rat chancenlos.

Erdgas passt nicht zur «2000-Watt-Stadt» Zürich

Treibhausgasemissionen der Stadt Zürich, in Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente/Person/Jahr



Quelle: Stadt Zürich

Die Zürcher 2000-Watt-Strategie

amü. Die Stadtzürcher haben 2008 der 2000-Watt-Strategie zugestimmt und damit die Energiepolitik in ihren Grundzügen festgezurr: Bis 2050 soll jeder Einwohner der Stadt nur noch 2500 Watt Dauerleistung beziehen und im Jahr höchstens eine Tonne CO₂ verbrauchen (siehe Grafik). Die Zürcher sind heute bei etwas unter 4000 Watt. Der CO₂-Ausstoss pro Kopf, aus Sicht des Klimaschutzes die wichtigere Kennzahl, liegt bei 4,7 Tonnen: Das ist weniger als in der übrigen Schweiz, aber vom Ziel noch weit weg. 1,25 Tonnen davon stammen vom (konventionellen) Erdgas, das sauberer ist als Öl, aber mehr Treibhausgase verursacht als Fernwärme. Will Zürich seinen Fahrplan einhalten, muss es irgendwann weniger Erdgas brauchen.

Die Linke stört sich an zwei Punkten im Status quo: Zum einen näherten sich, wie die neue Studie auch festhält, die Aufgabenbereiche von Energie 360°, EWZ und Entsorgung und Recycling Zürich (ERZ) an. EWZ und Energie 360° böten beide Energie-Contracting an und konkurrierten um Aufträge. Ein Fall hat besonders für Unfrieden gesorgt: 2016 hat es der Gemeinderat abgelehnt, EWZ und Energie 360° über die neu zu gründende Limmat Energie AG gemeinsam einen neuen Wärmeverbund für Altstetten und Höngg aufbauen zu lassen; das Elektrizitätswerk könne das auch allein machen. Auch auf der bürgerlichen Ratsseite sieht man Koordinationsbedarf, mit Ausnahme der SVP hatten 2016 alle Parteien das Postulat Kirstein unterstützt. FDP und GLP machten aber klar, dass sie den Bericht als Diskussionsbasis sehen, nicht als Freipass für eine Rückkehr von Energie 360° in die Verwaltung.

INTERVIEW

Digitalisierung: «Die Energiekonzerne stecken noch in den Kinderschuhen»

Irène Troxler und André Müller / 12.9.2017, 05:30



Zum andern misstraut Links-Grün der Aktiengesellschaft Energie 360°, weil der Gemeinderat bei ihr weniger direkt Einfluss nehmen kann als beim EWZ, das eine städtische Dienstabteilung ist. Das stört die linke Mehrheit vor allem, weil sie die 2000-Watt-Gesellschaft schneller vorantreiben will und hierbei der Erdgasanteil im Weg steht (siehe Grafik und Zusatz). Dass Stadtrat Türler den Verwaltungsrat der Energie 360° AG präsidieren, habe ihn in diesem Spannungsfeld laufend in Konflikte gebracht, kritisiert der Fraktionspräsident der Grünen, Markus Kunz: Auf der einen Seite sei der Stadtrat der 2000-Watt-Strategie verpflichtet. «Wir sind daher der Meinung, dass man das Gasnetz eher früher als später durch erneuerbare Energien ersetzen sollte.» Aus Sicht des Unternehmens, dessen Interessen die Verwaltungsräte gemäss Obligationenrecht wahren müssten, würde ein zu rascher Abbau des Netzes aber zu einer Vernichtung von Werten führen und wäre firmenschädigend.

Das Entlein flog zu hoch

EWZ und Energie 360° nehmen zur institutionellen Neuordnung keine Stellung. Das Elektrizitätswerk dürfte der Debatte gelassener entgegenblicken: Die links-grüne Mehrheit sieht «ihr» Elektrizitätswerk als zentralen Schalthebel auf dem Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft – einen Schalthebel, den sie nicht aus der Hand geben will. Dank seinen Rahmenkrediten kann es das EWZ dennoch vermeiden, wegen jeder Kleinigkeit bei den politischen Vorgesetzten antraben zu müssen. Damit kann das EWZ einigermassen leben.

Mehr zu befürchten hat die Energie 360° AG. Eine «Rekommunalisierung», zum Beispiel als neuer Geschäftsbereich des EWZ, dürfte Jahre dauern und in der Zwischenzeit viel Unruhe unter den Mitarbeitern auslösen. Es ist gut möglich, dass einige der innovativeren Köpfe nicht unter der strengen Aufsicht von Stadt- und Gemeinderat arbeiten möchten. Andere könnten einem möglichen Stellenabbau zuvorkommen wollen. Zurück bliebe das grosse Paradox an dieser Geschichte: Hätte die Erdgas Zürich AG seit 1997 bloss ihren Niedergang verwaltet, wäre ihre Wiedereingliederung heute wohl kein Thema mehr.

Die Zürcher Energielandschaft durchleuchtet

Die am Dienstagmorgen vom Stadtrat publizierte Expertenstudie ist nahrhaft: Die Autoren skizzieren zunächst die Veränderungen im Energiemarkt – Öffnung des Gasmarktes, anstehende Liberalisierung des Strommarktes, klimapolitische Ziele, Digitalisierung – und folgern, dass der Wettbewerbsdruck auf die Energieunternehmen zunehmen werde. Die Experten präsentieren daraufhin sieben Modelle, mit welchen Rechtsformen sich die Energiebetriebe führen liessen. Die Spanne reicht von Modell 0 (Status quo) über Modell 2 und 3 (selbständige Firma beziehungsweise Firmen im Besitz der Stadt) bis zu Modell 4 (eine oder mehrere städtische Dienstabteilungen). Modelle 5 und 6 sehen eine Auftrennung in einen Service-public-Teil, der in die Stadtverwaltung kommt, und einen Teil mit Marktaktivitäten vor. Dieser könnte ausgegliedert oder verkauft werden. Vor der Modellwahl empfehlen die Autoren, eine Dachstrategie nach drei Grundsätzen aufzustellen: 1. Die strategische und die operative Führung sollten klar getrennt sein. 2. Die Tätigkeiten im Energiebereich sollten eng koordiniert werden, um Doppelspurigkeiten zu vermeiden. 3. Die Marktrisiken für die öffentliche Hand sollten reduziert werden. Die passenden Rechtsformen sollten abhängig davon festgelegt werden.

Der Stadtrat schreibt in seiner Weisung zum Bericht, dass die Aufteilung auf drei Betriebe bisher gut funktioniert habe, das Modell aber durch Veränderungen in Markt und Technologie herausgefordert sei. Bevor an den Rechtsformen geschraubt werde, wolle er seine Dachstrategie formulieren. Energiepolitische Ziele könne man unabhängig vom Organisationsmodell durchsetzen, schreibt er weiter. Das heisst: auch ohne Wiedereingliederung von Energie 360°. Der Stadtrat will sich auf die drei auch von den Experten bevorzugten Modelle 2, 3 und 5 konzentrieren und spricht sich damit dagegen aus, alle Energiebetriebe als Dienstabteilungen zu führen.

Die Studie kommt bei den städtischen Energiepolitikern als Diskussionsbasis gut an, bei den Empfehlungen scheiden sich die Geister. Postulant Kirstein begrüsst die geplante Dachstrategie und dass der Stadtrat eine vorzeitige Zusammenlegung des Contracting-Geschäfts von EWZ und Energie 360° in Betracht zieht. Bei der Frage der besten Rechtsform für die Betriebe bleibe er kritisch. Zum Beispiel sei unklar, wie breit «Service public» definiert werde.

Sie können Lokalredaktor André Müller auf [Twitter](#) folgen.